

Badener im Fokus

„Ortstermin“ heißt eine Veranstaltungsreihe, die ganz besondere Persönlichkeiten in den Fokus stellen will: Menschen, die für Baden prägend sind oder die als Badener prägend sind für Staat, Gesellschaft oder Kultur. Ziel dieser Reihe ist es auch, als Zeitung nah auf die Leserinnen und Leser der Badischen Neuesten Nachrichten zuzugehen. Daher hat der „Ortstermin“ auch keinen festen Veranstaltungsort, sondern wandert sozusagen durch das Verbreitungsgebiet, aktuell von Pforzheim über Karlsruhe und Baden-Baden nach Bruchsal.

Die Gesprächsrunden sind eine Kooperation zwischen den Badischen Neuesten Nachrichten und dem Studio Karlsruhe des SWR4 Baden-Württemberg. Unterstützt wird die Reihe von den Volks- und Raiffeisenbanken Baden-Württemberg.

Befragt von BNN-Redaktionsleiter Klaus Gaßner und SWR-Moderator Winnie Bartsch stellten sich bislang Vertreter aus der Wirtschaft, aus der Politik und der Kultur vor: Auf den Pforzheimer Unternehmer und Vordenker der Pforzheimer Schmuckindustrie Hanspeter Wellendorff, den Präsidenten des Deutschen Bundestags, Wolfgang Schäuble, den ehemaligen Intendanten des Festspielhauses Baden-Baden, Andreas Mölich-Zebhauser, folgte nun im Schloß Bruchsal der designierte Präsident des Bundesverfassungsgerichts Stephan Harbarth. BNN



EINSTIMMIGE ENTSCHEIDUNGEN des Bundesverfassungsgerichts sollen nach Ansicht seines Vizepräsidenten Stephan Harbarth das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat stärken. Im Bruchsaler Schloss stellte sich Harbarth (Mitte) den Fragen von BNN-Redaktionsleiter Klaus Gaßner (rechts) und Winnie Bartsch (links) vom SWR. Fotos: Hora

„Wir entscheiden nach juristischen Kriterien“

Stephan Harbarth plaudert entspannt über seinen Wechsel vom Volksvertreter zum Verfassungshüter

Von unserem Redaktionsmitglied
Martin Ferber

Bruchsal. Er kennt beide Seiten aus eigener Anschauung und Erfahrung zur Genüge – die Macht und das Recht. Von 2009 bis 2018 war der Heidelberger Stephan Harbarth als direkt gewählter CDU-Abgeordneter des Wahlkreises Rhein-Neckar im Maschinenraum der Politik tätig. Als Obmann im Rechtsausschuss und Vizechef der Unionsfraktion brachte er jenseits des hell leuchtenden Scheinwerfers in der oftmals umstrittenen Rechts- und Innenpolitik zahlreiche wichtige Gesetzesvorhaben der Großen Koalition auf den Weg.

Ein ebenso mühsames wie beschwerliches Unterfangen. Denn erst mussten die widerstrebenden Interessen der eigenen Partei und des Koalitionspartners unter einen Hut gebracht werden. Und dann galt es auch noch im Bundesrat, wo die Union und SPD keine Mehrheit haben, die Zustimmung der Opposition zu bekommen. Da waren die Kunst des Kompromisses und die Bereitschaft zum Ausgleich gefragt.

Doch den Politiker Harbarth gibt es nicht mehr. Vor elf Monaten wechselte der Jurist und Anwalt auf die andere Seite, aus dem Volksvertreter wurde ein Verfassungshüter. Als Vorsitzender Richter des ersten Senats und Vizepräsi-

dent des Bundesverfassungsgerichts hat er nun in Karlsruhe zu prüfen, ob jene Gesetze, die er einst in Berlin auf den Weg brachte, auch auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und verfassungsgemäß sind. Kann dieser Spagat gelingen? „Wir entscheiden nicht nach politischen Kriterien, wir entscheiden ausschließlich nach juristischen Kriterien“, sagt ein sichtlich entspannter Harbarth am Mittwochabend im prächtigen Kammermusiksaal des barocken Bruchsaler Schlosses, der einstigen Residenz der Fürstbischöfe von Speyer. Mit Blick auf

die früheren Präsidenten Roman Herzog oder Ernst Benda (beide CDU) oder die Präsidentin Jutta Limbach

(SPD) verweist er darauf, dass es schon immer aktive Politiker gegeben habe, die ans höchste deutsche Gericht wechselten. „Das Verfassungsgericht ist mit dieser Tradition nicht schlecht gefahren, weil es wichtig ist, dass das Gericht auch politische Expertise hat.“

Vor 200 Zuhörern bei der Veranstaltung „Ortstermin“ der Badischen Neuesten Nachrichten, des SWR4 Baden-Württemberg und den Volksbanken und Raiffeisenbanken Baden-Württemberg lässt er keinen Zweifel an seiner Unabhängigkeit und Überparteilichkeit aufkommen. „Wir versuchen möglichst viel einstimmig zu entscheiden“, sagt er auf Fragen der beiden Moderatoren, BNN-

Redaktionsleiter Klaus Gaßner und Winnie Bartsch vom SWR. Das Verfassungsgericht genieße gerade deshalb höchstes Ansehen bei der Bevölkerung, weil es nicht entlang von Parteiliniene entscheide, sondern stets den Konsens suche. Die Meldung, Karlsruhe habe einstimmig entschieden, sei eine wichtige Botschaft, um das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat zu erhalten.

Und wie schafft man es, im Kreis von acht durchaus selbstbewussten Richtern diese Einstimmigkeit herzustellen, haben Gaßner und Bartsch nach. Harbarth rühmt die Gesprächskultur des Gerichtes. „Der Stil des Umgangs miteinander ist sehr beeindruckend.“ In den Beratungen werde versucht, die unterschiedlichen Perspektiven auszutauschen. „Dazu ist es wichtig, dass man möglichst pfleglich miteinander umgeht.“ Und als Vorsitzender eines Senats komme ihm die Aufgabe zu, die unterschiedlichen Positionen zusammenzuführen, beschreibt er seine Aufgabe.

Mit Blick auf die aktuellen politischen wie gesellschaftlichen Entwicklungen formuliert Harbarth, der wohl im kommenden Jahr dem aus dem Amt scheidenden Präsidenten Andreas Voßkuhle nachfolgen wird, ein geradezu leidenschaftliches Plädoyer für den Rechts-

staat. „Freiheit ist ohne Recht nicht denkbar.“ Man lebe in einer Zeit, in der der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat „besonders herausgefordert“ sei. Es sei eine „Kernaufgabe des Rechts“, die Freiheitsräume des Individuums abzusichern und zu garantieren, sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber allen anderen Individuen.

Mit der Digitalisierung aller Bereiche stehe auch der Rechtsstaat vor neuen Herausforderungen. Das Bundesverfassungsgericht habe schon sehr früh in den 80er Jahren das Recht auf informationelle Selbstbestimmung hergeleitet, das es so im Grundgesetz nicht gegeben habe. „Dieses Recht ist

ein Exportschlager geworden“, weiß Harbarth. „Es war ein ganz wichtiger verfassungsrechtlicher Einstieg in diese Problematik.“ Gleichwohl würden sich für die Politik viele „schwierigen Fragen“ stellen. „Es gibt keine Blaupause, man wird Fehler machen, die man später wieder korrigieren muss.“ Gleichwohl werde man für die neue digitale Welt nicht alles neu erfinden müssen, vielmehr könne man an vieles aus der „alten analogen Welt“ anknüpfen. Denn über allem stehe sein Lieblingssatz aus dem Grundgesetz, der auch im Zeitalter der Digitalisierung nichts an Bedeutung verloren habe: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Macht mit Sympathie

Stimmen zu Ortstermin

Reich verziert mit Rokoko-Stuck ist der Kammermusiksaal des Bruchsaler Schlosses. Wände und Decken werden durch viele Formen herausgeputzt. Als überhaupt nicht verschnörkelt empfanden dagegen **Rosalie Rentz** und **Charlotte Magez** die Sprache des Juristen Stephan Harbarth. „Er hat langsam, überlegt und verständlich gesprochen“, kommentierte Rosalie die Antworten des Verfassungsrichters und Vizepräsidenten des höchsten deutschen Gerichts. „Mir hat gut gefallen, dass ihm Traditionen und alte Normen wichtig sind, aber er auch sagte, dass man auf dieser Basis andere Entscheidungen zu neuen Dingen fällen muss“, meinte Charlotte. Beide jungen Frauen beschäftigten sich bereits im Gemeinschaftskundeunterricht im Detail mit dem Bundesverfassungsgericht. Sogar einen Blick hinter die Kulissen konnten sie in Karlsruhe werfen. Am Mittwochabend kam die Erkenntnis hinzu: Er ist sympathisch, der mächtige Mann.

Stephan Harbarth zeigte sich offen für eine Senkung des Wahlalters, wenn es um Landtag und Bundestag geht. Auch Schülerin **Anne Schroff** ist da nicht nur Trommlerin in eigener Sache. „Denn es gibt zu viele, die sich nicht für Politik interessieren. Das kann aber auch daran liegen, dass sich die Politik nicht genug um Anliegen von uns Jungen kümmert. Auch auf die Fridays-for-Future-Bewegung hat sie erst spät reagiert.“ Anne hat ein Jura-Studium im Blick – ebenso wie **Sophie Stork**. Sie besucht Stufe 11 des Paulusheims und würde gerne einmal mehr zur Gerechtigkeit in der Welt beitragen, „vielleicht als kleine Richterin.“

Die sozialen Fragen in der Gesellschaft und die steigende Ungleichheit beschäftigen Besucher **Reinhard Klein** aus Östringen stark. „Da hätte ich mir heute Abend etwas mehr Blicke in die Zukunft gewünscht, wie man diese Fragen angeht.“ Die zu recht hohe Wertschätzung des Gerichts könnte durch solche öffentlichen Auftritte der Akteure und noch mehr Außenwirkung gestärkt werden. Auf Schmunzeln bei allen Zuhörern stieß allerdings Harbarths Erkenntnis über seine brasilianischen Kollegen: „Dort sind die Verfassungsrichter so bekannt wie Fußballer und jeder Taxifahrer hat einen Lieblingsrichter.“

Starke und manchmal schnellere Entscheidungen gegen rechtsfreie Räume wünscht sich **Markus Zepp** von Justiz und Politik. Der Rektor des Paulusheims setzt bei seinem pädagogischen Auftrag auf richterliche Unterstützung. „Dann können wir klarer bei Mobbing im Internet Positionen setzen.“ Thomas Liebscher

Zur Person

Stephan Harbarth

Im nicht selten aufgeregten Berliner Politikbetrieb fiel er mit seinem ruhigen, besonnenen und kompetenten Auftreten auf. So machte sich Stephan Harbarth in der CDU/CSU-Fraktion rasch einen Namen als Innen- und Rechtsexperte, der auch vom Koalitionspartner wie der Opposition geschätzt wurde. Seit 2016 war er stellvertretender Fraktionschef.

Der 1971 in Heidelberg geborene Vater dreier Kinder studierte in Heidelberg Rechtswissenschaften. Nach der Promotion 1998 erwarb er sich an der Yale Law School den Grad eines Masters of Laws. Neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter war er als Anwalt tätig, zudem als Lehrbeauftragter und Honorarprofessor an der Uni Heidelberg.

Vor einem knappen Jahr, am 22. November 2018, wurde Harbarth vom Bundestag zum Richter am Bundesverfassungsgericht gewählt, einen Tag später stimmte auch der Bundesrat zu. Er trat die Nachfolge von Ferdinand Kirchhof als Vorsitzender Richter des ersten Senats und Vizepräsident an. fer



SCHÜLERIN SOPHIE STORK wurde von Moderator Klaus Gaßner in den Gesprächsabend einbezogen. Sie besucht Kursstufe eins, also Klasse 11, am St. Paulusheim. Sie möchte einmal Juristin werden, „um an mehr Gerechtigkeit in der Welt mitzuwirken.“